Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt monatlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg. berechnet. Belags- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pf. abgegeben.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 39. | Fernsprechruf Gleiwitz, Wanderer. | Gleiwitz, Donnerstag, den 17. Februar 1898. | Fernsprechanschluß Nr. 18 des oberschl. Industriebezirks. | 71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

S.-A.	S.-U.	M.-A.	M.-U.
4 U.	5 U.	4.59 U.	0.50 U.

17. Februar.

19 Max Schneckenburger, Dichter, geb. — 1825 General Kleist von Nollendorf, gest. — 1827 J. Heinrich Pestalozzi, gest. — 1856 Heinrich Heine, Dichter, gest.

Bestellen Sie sich

den Oberschlesischen Wanderer mit achtseitigem illustrirten Sonntagsblatte durch Austräger frei ins Haus für monatlich 60 Pfg.

Handelsverträge.

In diesen Tagen ist wieder einmal das Thema der Handelsverträge in den Parlamenten, Fachkörperschaften und in der Presse eifrigst erörtert worden. Es ist wohl angebracht, daß für neue Verträge die Ueberstürzung von 1891 vermieden wird und daß man jetzt schon mit Vorstudien und Vorbereitungen beginnt, wenigstens für den autonomen Zolltarif, der vorher geschaffen werden muß, und lange Zeit erfordert. Aber es ist thörichtes, wenn man jetzt schon sich irgendwie festlegen will, sei es auch nur über das System der künftigen Verträge. Man sollte doch bedenken, daß, abgesehen von dem gekündigten Vertrag mit England, unsere maßgebenden Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, Belgien, Rußland u. s. w. erst gerade die Hälfte ihrer Dauer absolvirt haben und noch sechs Jahre, bis 1904, laufen. Inzwischen können in der Weltwirthschaft und in der ganzen handelspolitischen Lage noch so unabsehbare, aber durchgreifende Veränderungen erfolgen, daß heute absolut nicht bestimmt werden kann, was das Jahr 1903 erfordert. Für die Plötzlichkeit von Umschlägen und für die Thatsache, daß wichtige Beschlüsse oft aus der Augenblicklage heraus wachsen, kann man die so viel angefochtene Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3,50 Mark pro Doppel-Centner im österreichischen Vertrag anführen. Das Jahr 1891 hatte eine schlechte Welternte und völlige Hungersnoth in dem sonst massenweise Getreide exportirenden Rußland gebracht. Die Getreidepreise stiegen auch in Deutschland auf eine Höhe, daß wegen Vertheuerung der Volksnahrung eine starke Bewegung auf Herabsetzung der Getreidezölle durch die ganze Bevölkerung ging. Und vielleicht wäre damals eine provisorische Ermäßigung — wie sie seitdem in Frankreich und kürzlich in Italien vorgenommen worden ist — ohne Weiteres erfolgt, wenn man nicht bei den gerade im Werk befindlichen Handelsvertragsverhandlungen noch diese Zollermäßigung als werthvolles Compensationsobject hätte verwerthen wollen. Damals waren, allerdings nur vorübergehend, die Getreidepreise auf eine Höhe gestiegen, bei der die deutsche Landwirthschaft sehr gut bestehen konnte. Andererseits ist es sehr fraglich, ob man 1891 beim Abschluß der Handelsverträge an eine Herabsetzung der deutschen Getreidezölle nur gedacht hätte, wenn statt hoher Getreidepreise und Getreidemangel damals recht niedrige Preise und Ueberschwemmung mit Getreide geherrscht hätten.

Man kann nicht wissen, wie sich in fünf bis sechs Jahren der Weltmarkt stellt. Es giebt sachverständige Leute, selbst auf agrarischer Seite, welche annehmen, daß die Ueberproduction und das Ueberangebot von Getreide nicht mehr lange Jahre dauern wird. Zur Zeit nähern die Getreidepreise wesentlich über ihrem schlechtesten Stand. Und gerade jetzt läuft man von agrarischer Seite vorzeitig Sturm gegen das ganze System unserer Handelsverträge! Am liebsten möchte man gar keine, nur einen eigenen hohen Zolltarif zur Abhaltung der ausländischen Concurrenz — als ob uns das Ausland das nicht nachmachen oder uns noch überbieten würde! Oder man will a la Kanitz nur von Jahr zu Jahr kündbare Handelsverträge, welche unserer Industrie, die vor allem Stabilität braucht, gar nichts nützen würden! Einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten sucht man schon lange vom Zaune zu brechen.

Und das geschieht in dem Moment, wo zu Gunsten der Flottenvorlage auch seitens der Regierung nicht genug betont werden kann, wie sehr Deutschlands hoch entwickelte Industrie auf den Export, auf den Weltmarkt angewiesen ist!

Da war es endlich an der Zeit, daß diesen Uebertreibungen ein Dämpfer aufgesetzt wurde. Offiziöse Stimmen ließen sich dieser Tage vernehmen, bei der „Politik der Sammlung" und dem „Zusammenschluß der productiven Stände" müßte doch schließlich Handel und Industrie auch berücksichtigt werden, die Landwirthschaft dürfe nicht allein Alles für sich haben wollen. Und nun hat in der Reichstagssitzung vom 11. Februar Staatssecretär Graf Posadowsky, der doch sonst ein Mann ziemlich nach dem Herzen der Agrarier ist, ihnen eine deutliche und dankenswerthe Mahnung ertheilt. Er sagte derb, wenn man einen Zollkrieg wolle, dazu brauche man ihn nicht, das könne sein Kanzleid einer auch. Bei Handelsverträgen und Zollkriegen müsse man diplomatisch vorgehen und vernünftig alle Vortheile und Chancen abwägen. Mit Recht wies der Staatssecretär auch die jetzt ganz unzeitgemäße Aufregung um die noch sechs Jahre geltenden Handelsverträge zurück.

Mit dem großen Umschwung der deutschen Handelspolitik von 1879, dem Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll, hat das Manchesterthum in Deutschland wie fast in aller Welt den Boden verloren. Man macht heutzutage Wirthschaftspolitik nach Bedürfniß und Opportunität, nicht nach Theorie und Principien. Während 1897 noch mit wenigen Ausnahmen die gesammte nationalliberale Partei auf Seiten des Freihandels stand, giebt es heute kaum einen mehr in ihren Reihen, der nicht einem vernünftigen Schutzzoll das Wort redete. Zweifellos sind die letzten Handelsverträge von 1892/94 Industrie und Handel günstiger gewesen als der Landwirthschaft. Daß bei neuen Verträgen letztere bei ihrer gedrückten Lage mehr Berücksichtigung verdient, wird fast allgemein anerkannt und versprochen. Sie sollte aber in ihrem eigenen Interesse ihre Forderungen und ihre Agitation in maßvollen Grenzen halten!

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Februar 1898.

— Wie die „Berliner Börsenzeitung" erfährt, dürfte schon in der nächsten Zeit die Festsetzung des Zeitpunktes erfolgen, an welchem sich die bestehenden Innungen darüber zu entscheiden haben werden, ob sie als freie Innungen fortbestehen oder sich in Zwangsinnungen umwandeln wollen.

— Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses ist über die Petition wegen Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium und den Staatsrüstungen mit Rücksicht auf die vom Regierungscommissar in der vorigen Session abgegebene Erklärung, die auch heute noch volle Geltung habe, zur Tagesordnung übergegangen.

— Unter der Spitzmarke „Zola und kein Ende" bringen die „Hamburger Nachrichten" einen Artikel, der eine Reihe treffender Bemerkungen enthält. . . . Es heißt da u. a.: Ueberhaupt haben wir den Eindruck, daß man sich in Deutschland viel mehr als nothwendig und angemessen ist, mit der französischen Skandalaffäre befaßt. Die Berichterstattung des offiziösen Telegraphen über die Pariser Prozeßverhandlung wird immer ausführlicher. Das Zeug ist kaum noch zu lesen, seine politische Bedeutung ist fast gänzlich zurückgetreten vor einem Hin und Her im Stile gewöhnlicher Sensationsprozesse und jedenfalls hat die Sache keinerlei Wichtigkeit für Deutschland und seine Interessen. Ob Herr Dreyfus schuldig oder unschuldig verurtheilt ist, ob Esterhazy ein mauvais sujet oder ein Ehrenmann ist, ob in Frankreich dem Rechte im Staatsinteresse Gewalt angethan wird oder nicht, was geht das alles uns an? Trotzdem schwillt die Hochfluth der offiziösen Telegramme über den Prozeß immer mehr an. . . . Freilich sind wir nicht im Unklaren über die wahren Gründe dieses Unfugs, soweit sie nicht auf dem Gebiete der Sensation liegen. Aber das hebt doch die Würdelosigkeit nicht auf, die darin liegt, daß die deutsche Presse die französische Schmutzaffäre mit einer Wichtigkeit und Ausführlichkeit behandelt, als stünden unsere eigenen heiligsten Güter dabei auf dem Spiele. Würde umgekehrt in Berlin ein solcher Skandalprozeß verhandelt, es würde den Franzosen nicht im Traume einfallen, auch nur den zehnten Theil der Druckerschwärze daran zu setzen, die wir auf Dreyfus, Esterhazy und Zola verschwenden. Wir blamiren uns vor ganz Europa, wenn wir in solchen französischen Sachen die Herren Dreyfus, Zola mit einem Eifer und einer Gefühlsinteressität behandeln, als wären sie deutsche Nationalhelden oder Vertreter der idealsten menschlichen Güter. . . . Wir mahnen dringend zur Umkehr. „Lassen wir die Franzosen in ihrem eigenen Fette schmoren!" würde Fürst Bismarck sagen und damit wie immer, das Richtige für Deutschland getroffen haben.

— Sozialdemokratische Umtriebe auf der Kaiserlichen Werft in Kiel haben dazu geführt, eine neue Arbeitsordnung für die Kaiserliche Werft zu erlassen, in welcher es u. a. heißt: Sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören werden, sind nicht anzunehmen", und ferner: „Das Ankleben von Zetteln, Proklamationen, Aufrufen, Bekanntmachungen, Ausbieten von Drucksachen und Schriftstücken, sowie Halten von Ansprachen an Mitarbeiter ist verboten. Geldsammlungen dürfen nur mit Erlaubniß der Behörde stattfinden."

— Aus Miloslaw, der Residenz des Herrn v. Koscielski, wird geschrieben: Wie erinnerlich, war dem Kreiswundarzt Dr. v. Trzaska von Herrn v. Koscielski die Domanialpacht auf dessen sämmtlichen Besitzungen gekündigt worden, weil Herr Dr. v. Trzaska, der trotz polnischer Nationalität stets ein loyaler Mann gewesen, bei der letzten Stadtverordnetenwahl trotz wiederholter Aufforderung der Polen nicht für den polnischen Candidaten gestimmt hatte. Herr v. Koscielski hatte seinerseits seine loyale deutschfreundliche Gesinnung auch noch weiter dadurch bekundet, daß er auch bei den übrigen polnischen Besitzern seinen Einfluß dahin geltend zu machen suchte, Herrn Dr. v. Trzaska ebenfalls zu kündigen. Jetzt ist diesem, der durch den Boycott seiner Landsleute aufs Empfindlichste geschädigt wurde, eine erfreuliche Genugthuung zu Theil geworden: er ist von der Regierung zum Kreisphysikus des Kreises Regenwalde i. P. ernannt worden. Herrn Dr. v. Trzaska ist diese Beförderung herzlich zu gönnen, aber der Fall ist ein neuer Beweis dafür, wie Jeder, der sich dem polnischen Terrorismus nicht fügen will, aufs Rücksichtsloseste bekämpft wird.

— Im Reichstage trat bei der Fortsetzung der Etatsberathung Abg. Graf Stolberg für die Aufhebung aller Zuckerprämien ein, sowohl der offenen, wie der versteckten, sowie auch für Beseitigung der Betriebssteuer. Abg. Rösicke hält die Beseitigung der Prämien für das einzige Mittel zur Gesundung der Zuckerindustrie. Die Vorlage über die freiwillige Gerichtsbarkeit wurde in zweiter Lesung genehmigt. Dann begann man die erste Lesung der Postdampfervorlage, welche Staatssekretär von Podbielski unter Hinweis auf unsere ostasiatische Erwerbung empfahl. Aus dem Hause sprach heute nur der bremische Abg. Frese (Frs. Vgg.), und zwar für den Entwurf, indem er besonders auf die zu erwartende Concurrenz der Sibirischen Bahn Bezug nahm.

— Im Abgeordnetenhause wurde heute die Interpellation Szmula betreffend den Mangel an landwirthschaftlichen Arbeitern und Dienstboten und die Zulassung russischer und österreichischer Dienst- und Arbeitskräfte verlesen. Unterstaatssekretär Sterneberg gab darauf namens der beiden abwesenden Minister für Landwirthschaft und für Inneres folgende Erklärung ab: Die Klagen über den Mangel an ländlichen Dienstboten und Arbeitern sind der Staatsregierung bekannt; sie hat sich seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt und die Regierungspräsidenten zum Bericht über diesen Gegenstand aufgefordert. Die Berichte liegen noch nicht in vollem Umfange vor. Sobald dies der Fall sein wird, wird das ganze Material dem königlichen Staatsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden. Unter diesen Umständen ist die Staatsregierung heute nicht in der Lage, die Interpellation zu beantworten. Sie kann auch heute noch nicht den Zeitpunkt angeben, bis wann dies geschehen kann, und behält sich vor, diesen Zeitpunkt demnächst mitzutheilen. Dann folgte die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Erhöhung des Grundkapitals der Preußischen Centralgenossenschaftskasse. Beide conservative Parteien sowohl wie die Nationalliberalen und das Centrum sprachen sich freundlich über den Entwurf aus. Doch bezeichneten die Freiconservativen wie die Nationalliberalen eine genaue Prüfung der Geschäftsgebahrung der Kasse in einer besonderen Kommission für nöthig, indem sie ausführten, es müsse Fürsorge getroffen werden, daß die Kasse ihre Mittel nicht allzusehr festlege, sondern auch stets flüssige Mittel zur Verfügung habe. Centrum und Conservative wollten die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen wissen. Der Abg. Richter dagegen bekämpfte die Vorlage, indem er ausführte, die Centralgenossenschaftskasse habe aufgehört, ein Geschäftsinstitut zu sein; sie sei eine Wohlthätigkeitseinrichtung geworden. Er wolle nur die Genossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch gelten lassen und erblicke in der Einrichtung der Centralgenossenschaftskasse eine Rückkehr zu den Grundsätzen Lassalle's, welcher Productivgenossenschaften mit Staatsmitteln gründen wollte. Die Angriffe Richter's wurden vom Präsidenten der Centralgenossenschaftskasse, v. Huene, dem Finanzminister v. Miquel sowie mehreren Regierungscommissären als unbegründet zurückgewiesen. Herr v. Miquel erklärte u. a., die Begünstigung von Pumpgesellschaften liege der Regierung durchaus fern und die Gefahr eines Verlustes werde durch eine feste Grenze zwischen Personal- und Realcredit vermieden. Die Vorlage wurde schließlich an die Budgetcommission verwiesen.

— Im Herrenhause bemerkte der Landwirthschaftsminister: Der heutige Kronrath unter Vorsitz des Kaisers beschloß im Laufe des Sommers das Material für den Gesetzentwurf betreffend die Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederkehr von Hochwasserkatastrophen auszugestalten und im Herbst den Provinzialland tagen von Brandenburg und Schlesien zur Durchberathung vorzulegen und dann dem nächsten Landtage die Vorlage zu unterbreiten. Ueber die Neuorganisation der Wasserverhältnisse, worüber bereits definitive Beschlüsse gefaßt wurden, sei der Minister nicht ermächtigt sich auszulassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Czechen und Feudale haben im böhmischen Landtage gestern einen staatsrechtlichen Vorstoß vorgenommen. Das und nichts anderes ist der Antrag Herold, betreffend die Unthei lbarkeit des Königreiches Böhmen und über die Regelung der Sprachenfrage. Während die Deutschen, von dem Wunsche beseelt, dem gewaltsamen und nur zu oft gewaltthätigen Vordrängen des Czechenthums in deutschen Besitz eine Schranke zu setzen, die sprachliche Abgrenzung aller Verwaltungsbezirke fordern und damit ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Volksstämme ermöglichen wollen, proclamiren Czechen und Feudale die Untheilbarkeit Böhmens; sie lehnen damit in entschiedener Weise die nationale Scheidung der Verwaltungsbezirke ab. Die Czechen spielen sich neuerdings sogar auf die Gemäßigten hinaus und speculiren auf die Schwachsichtigkeit derjenigen, die sich den Sand in die Augen streuen lassen. In Wirklichkeit haben ihre Auctionen im böhmischen Landtage einen umstürzenden Charakter, und sie fordern die Deutschen zu dem Widerstande der Verzweiflung heraus.

— Nach dem Muster der preußischen Bahnen sollen die österreichischen Staatsbahnen reorganisirt werden. Ein höherer österreichischer Beamter ist in Berlin gewesen und hat sich informirt. Die Courage der Oesterreicher verdient alle Achtung.

— Bei einer Aufführung des „Lohengrin" im Grazer Theater kam es bei den Worten: „Für deutsches Land das deutsche Schwert, so sei des Reiches Kraft bewährt!" zu einer so gewaltigen nationalen Kundgebung, wie sie das Grazer Theater noch nicht gesehen hat. Das Publikum erhob sich, die Frauen schwenkten Taschentücher, und minutenlanges Heilrufen durchbrauste das Theater.

Frankreich. Paris, 15. Februar. (Prozeß Zola.) General Gonse erklärt: „Niemand wünscht mehr als ich, daß Licht, volles Licht geschaffen werde und dazu werde ich für meinen Theil mit aller Kraft beitragen." Labori sagte hierauf: Da Sie dazu beitragen wollen, daß Licht geschaffen werde, so bitte ich Sie, beim Kriegsminister Folgendes zu beantragen; 1) daß er den General Mercier ermächtige, sich über das geheime Schriftstück auszulassen, das, wie wir wissen, dem Kriegsgericht mitgetheilt worden ist, 2) daß Oberst Picquart vom Amtsgeheimniß entbunden werde, 3) daß das ursprüngliche Bordereau hierher gebracht werde, 4) daß die Schriftstücke, die als Material für die Schriftbegutachtung Berthillons dienten, hierher gebracht werden, 5) daß Berthillon aufgefordert werde, Aussagen zu machen, 6) daß die Schriftverständigen im Esterhazyprozeß gleichfalls aufgefordert werden, Aussagen zu machen. General Gonse antwortete hierauf, er sei nicht befugt, dieses Ersuchen an den Kriegsminister zu übermitteln. Labori versetzt sodann: „Nun, so spreche man uns auch nicht mehr von Licht schaffen."

Rumänien. Der Minister des Innern hat an sämmtliche Präfekten folgenden Befehl depeschirt: „Der wahre Mörder Stambulows heißt Halia Sulia Mykai. Er ist 31 Jahre alt, blond ꝛc. Leiten Sie eine Untersuchung ein, um den Mörder ausfindig zu machen, und theilen Sie sofort das Resultat ihrer Forschungen mit.

Belgien. Die belgische Heeresreformfrage enthält folgende Hauptbestimmungen: 1) Die militärische Stellvertretung wird abgeschafft und durch den persönlichen Heeresdienst ersetzt. 2) Das jährlich auszuhebende Truppencontingent wird von 13 000 auf 20 000 Mann erhöht, so daß die Kriegsstärke des belgischen Heeres bei einer zehnjährigen Dienstzeit 200 000 Mann erreicht. 3) Für gewisse Klassen der Stellungspflichtigen wird das Einjährigen-Freiwilligensystem eingeführt. 4) Die active Dienstzeit wird von 28 auf 24 Monate herabgesetzt. Die jährliche Mehrbelastung des Militärbudgets wird bei Annahme dieser Vorlage ungefähr 10 Millionen betragen, was freilich bei einem Gesammtbudget von 500 Millionen und dem großen Nationalreichthum Belgiens keine große Rolle spielt. — Die französische Partei in Belgien hat dieser Tage unter dem Namen „Alliance Française" einen Kampfverein ins Leben gerufen, als dessen Hauptziel die Verbreitung der französischen Sprache, Sitten und Gebräuche in Belgien bezeichnet wird. Die Gründung dieses Bundes ist eine Folge der erheblichen Fortschritte, welche die national-flämische Bewegung in Belgien in den letzten Jahren gemacht hat. Es steht also wieder eine Periode französischer Agitationen in Belgien bevor. Die Regierung wird dabei gut thun, das Treiben der neuen „Alliance Française" in Brüssel unablässig zu überwachen, umsomehr, als der Verein mehr Franzosen als Belgier zählt und von der französischen Regierung offen die Förderung seiner Ziele erwartet.